

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Januar 1986
am Donnerstag, dem 23. Januar 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Apel (SPD)	49	Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	38, 39
Austermann (CDU/CSU)	34	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	61, 62
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	45, 46	Dr. Nöbel (SPD)	2, 3
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	27, 28	Pauli (SPD)	10, 11
Duve (SPD)	24, 25	Dr. Rose (CDU/CSU)	20, 21
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	35, 44	Rusche (DIE GRÜNEN)	8
Eylmann (CDU/CSU)	52, 53	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	16
Grünbeck (FDP)	29	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	22, 23
Hiller (Lübeck) (SPD)	6, 7	Dr. Solms (FDP)	26
Dr. Hupka (CDU/CSU)	40, 60	Dr. Sperling (SPD)	32, 33
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	17	Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU)	12, 13
Jaunich (SPD)	14, 15	Stiegler (SPD)	1, 42
Kirschner (SPD)	58, 59	Ströbele (DIE GRÜNEN)	36, 37
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	50, 51	Volmer (DIE GRÜNEN)	41
Dr. Kübler (SPD)	9, 47	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	43, 48
Frau Dr. Lepsius (SPD)	30, 31	Werner (Westerland) (DIE GRÜNEN)	18, 19
Löffler (SPD)	4, 5	Dr. Wiczorek (SPD)	56, 57
Lutz (SPD)	54, 55		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

1. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung 1986 erneut ein Sonderausbildungsplatzangebot bei der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und anderen Bundesbehörden auflegen, und mit welcher Größenordnung an zusätzlichen Ausbildungsplätzen kann gerechnet werden?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

2. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Staatssekretär Ost vor seiner Berufung in dieses Amt eine Reihe von Nebentätigkeiten neben seinem Beruf als Redakteur bei einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt ausgeübt hat?
3. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Hat Staatssekretär Ost auch derzeit eine Genehmigung für Nebentätigkeiten beantragt oder erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die über 19 000 Insolvenzen im Jahre 1985?
5. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in diesem Zusammenhang die Ausführungen des jetzigen Bundeskanzlers Dr. Kohl am 17. September 1981 vor dem Deutschen Bundestag auch auf sich zu beziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

6. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Mit welchen Zielvorstellungen führt die Bundesregierung mit der DDR Gespräche über eine Veränderung des Grenzkontrollpunktes Lübeck-Selmsdorf/DDR im Zusammenhang mit der Mülldeponie Schönberg/DDR?
7. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Welche Finanzierungsmöglichkeiten werden dabei (siehe Frage 6) ins Auge gefaßt, und welche Institutionen sollen auf bundesdeutscher Seite beteiligt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

8. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat der Bundesminister der Verteidigung Angehörigen der Bundeswehr Sonderurlaub gewährt, damit sie zu Fallschirmspringübungen nach Peru reisen konnten, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Rolle der peruanischen Armee bei den Menschenrechtsverletzungen in Peru?
9. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Welche Ergebnisse liegen auf Grund der Messungen des bislang nur einmal zur Überwachung der Tiefflüge über das Kernkraftwerk Biblis eingesetzten Skyguard-Systems zu Zahl und Höhe der Direktüberflüge und zu Zahl, Höhe und Abstand der Vorbeiflüge vor?
10. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie gedenkt der Bundesminister der Verteidigung seiner Fürsorgepflicht gegenüber dem Hauptabteilungsleiter Rüstung nachzukommen, der in jüngster Zeit in mehreren Rundfunksendungen, einer Buchveröffentlichung sowie anderen Veröffentlichungen unwidersprochen mit dem Doppelmord von Pöcking an Dr. Praun und seiner Hausgehilfin im Jahre 1960, mit illegalem Waffenhandel und mit der Entgegennahme von Geldzahlungen durch Rüstungsfirmen in Verbindung gebracht wird, und wie beurteilt die Bundesregierung den dieser Veröffentlichungen zugrundeliegenden Sachverhalt?
11. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist der Hauptabteilungsleiter Rüstung mit dem Protokoll einer Vernehmung eines Zeugen durch zwei Beamte des Bundesministeriums der Verteidigung im Jahre 1976 konfrontiert worden, wonach er einen Betrag von 36 000 DM von der Firma Radio Air entgegengenommen hat, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

12. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der deutschen Mäster, vor allem der Kälbermäster, die infolge des in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Hormonverbots keine Hormone verwenden, aber gegen Importfleisch konkurrieren müssen, das unter Verwendung von Hormonen erzeugt worden ist?
13. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU)
- In etwa welcher Fassung wird das am 19. Dezember 1985 vom Agrarministerrat der Europäischen Gemeinschaft beschlossene Verbot der Verwendung von Hormonen als Masthilfemittel wirksam werden, und welche Möglichkeiten bestehen, an der deutschen Grenze bei Importfleisch die Verwendung von Hormonen nachzuweisen?

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) | Ist es richtig, daß dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine zusätzliche A 15-Planstelle nur unter der Auflage bewilligt wurde, daß diese mit einem bestimmten externen Bewerber besetzt wurde? |
| 15. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) | Wenn ja, hält die Bundesregierung eine solche Auflage für rechtmäßig, und gedenkt sie dieser Auflage zu entsprechen? |
| 16. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) | Aus welchem Grunde werden Zivildienstleistende nicht zum ersten Kalendertag, sondern zum ersten Werktag eines Monats zu ihrem Dienst einberufen, und weshalb finden die einschlägigen Bestimmungen des Arbeitsrechts hier keine Anwendung? |
| 17. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Wie viele sogenannte Abtreibungskliniken (Krankenhäuser oder ärztliche Praxen, in denen ausschließlich oder überwiegend Abtreibungen vorgenommen werden) gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, und wie viele Abtreibungen sind in diesen Einrichtungen 1984 und 1985 vorgenommen worden? |
| 18. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN) | Wie beurteilt die Bundesregierung den erneuten Versuch der Ärzteschaft, das Tätigkeitsfeld der Heilpraktiker einzuschränken durch den Antrag beim Bundesgesundheitsamt, Lokalanästhetika zur parenteralen Anwendung der Verschreibungspflicht zu unterstellen? |
| 19. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Vorlage des Bundesgesundheitsamtes zur Beratung im Sachverständigenausschuß für Verschreibungspflicht am 21. Januar 1986 von Zahlen aus dem Jahre 1951 ausgeht und daß der angeführte Todesfall in der Praxis eines Heilpraktikers nicht auf die Wahl des Mittels zurückzuführen war? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung das Verbot des Krebsmittels „Carnivora“ durch das Bundesgesundheitsamt als endgültig an, oder hält sie die Entscheidung für überprüfenswert? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) | Wer übernimmt bei der laut Bild-Zeitung vom 17. Januar 1986 durch das Verbot bestehenden Gefahr eines baldigen Todes der bisher durch „Carnivora“ behandelten Krebspatienten die Verantwortung? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

22. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Welche Erklärung hat die Bundesregierung für die mehrfachen Kollisionen auf der Bundeswasserstraße Elbe im Elbmündungsbereich zu Beginn dieses Jahres, und hält sie danach die Einrichtungen für die Kontrolle des Seeverkehrsweges für ausreichend und auf dem neuesten Stand der Technik?
23. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Waren bei den Kollisionen Fahrzeuge beteiligt, die nicht bundesdeutschen Besatzungs- und Sicherheitsvorschriften entsprechen, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Bundesregierung?
24. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Haben bei den Kollisionen auf der Unterelbe und aus welchem Grund mangelnde Einsatzfähigkeit bei den Verantwortlichen an Bord (Schiffsführung und Lotsen) vorgelegen, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ableiten?
25. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Waren bei den Kollisionen Fahrzeuge mit gefährlichen Gütern oder Gütern beteiligt, die beim Auslaufen zu gefährlichen oder erheblichen Umweltbelastungen führten oder geführt hätten, die mit den vorhandenen Mitteln nicht sofort wirksam und umweltschützend bekämpft werden könnten oder können, und was gedenkt die Bundesregierung zur Abwendung zukünftiger vergleichbarer Gefahrenlagen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

26. Abgeordneter
Dr. Solms
(FDP)
- Wie begründet die Bundesregierung das Berechnen von Gebühren für das Entstören von Telefonanschlüssen, wenn die Störung nicht in das Verschulden des Benutzers fällt?
27. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung ihrer Vorgängerin (Plenarprotokoll 10/116), daß „die Deutsche Bundespost insgesamt – auch unter Berücksichtigung des Rationalisierungseffekts – mit dem Filialsystem gute Erfahrungen macht“?
28. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung die Pläne des Stuttgarter OPD-Präsidenten, über 150 Arbeitsplätze bei der Tübinger Filiale abzuziehen und Dienststellen nach Stuttgart zu verlagern, die sich bisher in Tübingen befanden?

29. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach zwei vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in Auftrag gegebene Gutachten unabhängig voneinander ergeben haben, daß die Deutsche Bundespost erheblich zuviel Personal beschäftigt, zuwenig rationalisiert und im internationalen Vergleich eine schlechte „Pro-Kopf-Leistung“ im Briefdienst, Telefon- und Paketbereich erbringt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

30. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius**
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der in der Öffentlichkeit gestellten Forderung, bei der Konzeption der beiden geplanten Geschichtsmuseen in Bonn und Berlin (West) müsse von vornherein jeder Verdacht vermieden werden, es sei eine Präsentation deutscher Geschichte aus der Perspektive der jeweils amtierenden Bundesregierung („Regierungsmuseum“) beabsichtigt und der Erfolg hänge wesentlich von der Einbeziehung des ganzen Parlaments, des Bundesrates als Vertretung der Länder und – soweit möglich – auch des Bundespräsidenten ab, und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um diesen Konsens im Parlament herzustellen?
31. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der in Berlin erhobenen Forderung nach einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion um die zentralen inhaltlichen Prinzipien sowie der damit verfolgten historisch-politischen Intentionen für das Projekt „Deutsches Historisches Museum“ entsprechen, und wie wird sie die Einbeziehung von Anregungen in die Rahmenplanung sicherstellen, wenn die eingesetzte Expertengruppe ihren Entwurf bis zum 1. März 1986 vorlegen und auf dieser Grundlage der Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden soll?
32. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat der Rückzug des Bundes aus der Förderung des Baus von Mietwohnungen auf die Stadtsanierung und den Ersatzwohnungsbau, wenn die Länder die fehlenden Bundesmittel nicht voll kompensieren?
33. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Städten und Gemeinden dadurch Mittel entzogen werden, die im Rahmen der Städtebauförderung und ihrer Begleitmaßnahmen bisher zur Verfügung standen?
34. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist nach Planungen und Informationen der Bundesregierung sichergestellt, daß die erhöhten Mittel für Städtebauförderung 1986 in voller Höhe (1 Milliarde DM) und nicht nur in Dreijahresraten (1986 bis 1988) von den einzelnen Bundesländern abgerufen und durch Ausgaben in den Gemeinden gebunden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

35. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Warum fürchtet die Bundesregierung internationale Kritik an ihrer Namibia-Politik so sehr, daß sie dem UNO-Rat für Namibia die Durchführung einer Konferenz in Bonn verweigert?
36. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Haben die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag zur Abschiebep Praxis von Asylbewerbern auf dem Luftwege (Drucksache 10/3299) angeführten Bemühungen des Auswärtigen Amtes zwischenzeitlich zu einer restlosen Aufklärung in der Angelegenheit des am 21. Juni 1984 nach Sierra Leone abgeschobenen Asylbewerbers Smart Alpha Kargbo geführt, der nach Angaben des Direktors des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschland nach seiner Auskunft in Freetown/Sierra Leone mit hoher Wahrscheinlichkeit aus politischen Gründen eines gewaltsamen Todes gestorben sein soll?
37. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Wenn nein, werden die Bemühungen seitens der Bundesregierung fortgesetzt, diesen Fall restlos aufzuklären, und wie schätzt die Bundesregierung die mehrmals von Sierra Leone angebotene Hilfeleistung bei der Aufklärung dieses Falles ein?
38. Abgeordneter
Dr. Müller (Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß sie erst am 19. November 1985 vom Tode des Herrn Ahn Sang-kun unterrichtet wurde, obwohl er schon am 18. Oktober 1985 tot war und den koreanischen Behörden sein Status als deutscher Asylberechtigter bekannt war?
39. Abgeordneter
Dr. Müller (Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung in der Zwischenzeit Aufklärung über die Umstände seines Todes im südkoreanischen Polizeigewahrsam erhalten?
40. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist es der Bundesregierung möglich, unter Berufung auf die Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz bei den osteuropäischen Staaten darauf zu drängen, daß jeder Petent ungehindert und ohne Angst vor einer Registrierung mit nachteiligen Folgen die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland betreten kann, und wo ist der Zugang immer noch mit Gefahren für die Petenten verbunden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

41. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Ist es übliche Praxis, daß Diplomatenpässe von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei Grenzübergängen phototechnisch überprüft werden?

42. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Treffen Hinweise zu, daß auf Veranlassung vom Bundesminister des Innern, Dr. Zimmermann, Einheiten der GSG 9 für eventuelle Einsätze nach Wackersdorf verlegt worden sind, und was hat den Bundesminister des Innern gegebenenfalls veranlaßt, gegen friedliche Demonstranten Antiterrorereinheiten einzuplanen?
43. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Welche Schritte plant die Bundesregierung, um eine Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene zu erreichen?
44. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Welche bundesdeutschen Polizeistellen waren an der Erstellung eines „Spezialprogramms für Polizisten“ aus der Bundesrepublik Deutschland in Südafrika beteiligt, und wie bewertet die Bundesregierung die für den 3. bis 22. Februar 1986 geplante Reise bundesdeutscher Polizeibeamter nach Südafrika?
45. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß vom 3. bis 22. Februar 1986 eine Sonderreise für Polizeibeamte mit Spezialprogramm bei der südafrikanischen Polizei in der Mitgliedszeitung der International Police Association, Deutsche Sektion, ausgeschrieben wurde und daß sich Beamte des Bundeskriminalamtes an der Organisation dieser Reise beteiligt haben?
46. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Haben in den vergangenen drei Jahren Beamte des Bundeskriminalamtes dienstliche Reisen nach Südafrika unternommen, und welches waren die Gründe für diese Reisen?
47. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Ursachen für den Störfall in der Uranverarbeitungsanlage in Gore im US-Bundesstaat Oklahoma vor, und welche Folgerungen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung daraus für vergleichbare deutsche Anlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

48. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Gedenkt die Bundesregierung, die Auffassung des Rechnungshofes über Zinsverluste bei der Auszahlung des Bundesbank-Gewinns zur Grundlage neuer Überlegungen bezüglich dieser Auszahlung zu machen?
49. Abgeordneter
Dr. Apel
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die von Bundesminister Bangemann gegenüber der Presse in Washington am 16. Januar 1986 gemachten Äußerungen über von den USA angestrebte international koordinierte Zinssenkungsbemühungen als einen sinnvollen Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Geld- und Devisenmärkte an, oder treffen Pressemeldungen zu

(Handelsblatt 17. Januar 1986), daß die Äußerungen des Bundesministers für Wirtschaft vom Bundesministerium der Finanzen als „schockierend“ empfunden wurden?

50. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)

Wenn es nach Meinung der Bundesregierung unerträglich ist, daß man Werbungskosten, z. B. die Fahrt mit dem Auto zum Arbeitsplatz, steuerlich berücksichtigt, aber die Aufwendungen für Kinder nicht, wie bewertet dann die Bundesregierung die heutigen und zukünftigen (höheren) Kinderfreibeträge, und mit welchen höheren steuerlichen Berücksichtigungen ist zu rechnen?

51. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)

Wenn im nächsten Jahr das größte familienpolitische Programm seit Jahren und Jahrzehnten – so die Meinung der Bundesregierung – durchgesetzt wird, trifft es dann immer noch zu, daß Ehepaare mit Kindern finanziell unverhältnismäßig viel schlechter gestellt sind als Ehepaare ohne Kinder?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

52. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung – etwa auf der Grundlage von Umfrageergebnissen oder seriöser Modellrechnungen – Angaben darüber machen, wie viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, wenn alle Wünsche von Arbeitnehmern nach flexibler Teilzeitarbeit von den Arbeitgebern erfüllt würden?

53. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)

Welche Gründe sind dafür verantwortlich, daß es immer noch zu wenig Arbeitsplätze mit flexibler Teilzeitarbeit gibt, und welche Möglichkeiten bestehen nach Auffassung der Bundesregierung, diese Hinderungsgründe weiter abzubauen?

54. Abgeordneter
Lutz
(SPD)

Welche beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen des früheren Leiters des Ministerbüros von Bundesminister Dr. Blüm war maßgebend für die Entscheidung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, dem früheren Leiter des Ministerbüros die Leitung der Abteilung „Internationale Sozialpolitik“ im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zu übertragen, und welche Haltung hat der Personalrat des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung dazu eingenommen?

55. Abgeordneter
Lutz
(SPD)

Welche beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen waren maßgebend für die Entscheidung, den früheren Leiter des Ministerbüros von Bundesminister Dr. Blüm und jetzigen Leiter der Ab-

teilung „Internationale Sozialpolitik“ in den Aufsichtsrat der Wilhelm Fette GmbH, Schwarzenbek, und in den Aufsichtsrat der Delvag Rückversicherungs-Aktiengesellschaft Köln zu berufen?

56. Abgeordneter
Dr. Wieczorek
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Presseberichten Unternehmen der Firmengruppe Hoechst neu einzustellende Arbeitnehmer auffordern, sich vorher zumindest einen Tag arbeitslos zu melden, damit durch das Unternehmen die Begünstigung nach § 2 Ziffer 5 Vorruhestandsgesetz ausgenutzt werden kann?

57. Abgeordneter
Dr. Wieczorek
(SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung, falls sie ein solches Vorgehen als Mißbrauch betrachtet, zu tun, um ein solches Vorgehen zu verhindern?

58. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Wie hoch ist die Anzahl von Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung, die als Zugang Renten wegen Erreichung des 60. Lebensjahres und mehr als einjährige Arbeitslosigkeit im Jahre 1985 genehmigt wurden, und wie lauten die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1983 und 1984?

59. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Wie hat sich die durchschnittliche Zahl der Behandlungstage im Krankenhaus je Behandlungsfall seit 1970 entwickelt, und welches sind die Einflußfaktoren?

60. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie es sich um die Kenntnisse der deutschen Sprache bei den Aussiedlern, die im Jahre 1985 zu uns gekommen sind, jeweils nach Herkunftsland unterscheiden, verhält?

61. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg der Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose durch die Bundesanstalt für Arbeit?

62. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl derer, die nach Abschluß der Maßnahmen vermittelt wurden, und in welche Berufe hinein geschah dies?

Bonn, den 17. Januar 1986

